

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Enquetekommission „Norddeutsche Kooperation“

17. WP - 2. Sitzung

am Montag, dem 26. April 2010, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Markus Matthießen (CDU)

Vorsitzender

Petra Nicolaisen (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Bernd Jorkisch

Martin Habersaat (SPD)

Anette Langner (SPD)

Dr. Gitta Trauernicht (SPD)

Anita Klahn (FDP)

i.V. von Ingrid Brand-Hückstädt

Gerrit Koch (FDP)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Weitere Terminplanung	4
2. Vorschläge aus den Fraktionen zum weiteren Verfahren	5-10
3. Verschiedenes	11

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit der Enquetekommission fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Weitere Terminplanung

Der Vorsitzende spricht im Zusammenhang mit der Zeitplanung den von der Landesregierung erbetenen Sachstandsbericht an. Er weist darauf hin, dass er mit St Dr. Wulff überein gekommen sei, dass ein umfassender Sachstandsbericht in der nächsten Sitzung vorliegen solle. Dementsprechend stehe dieser Bericht bei der heutigen Sitzung noch nicht zur Verfügung, sondern erst bei der nächsten Sitzung.

Zur Terminplanung beschließt die Kommission die Kommissionsvorlage 17/1 (neu). Mit dem Hinweis, dass der Petitionsausschuss des Landtages am 14. Juni 2010 in der JVA Flensburg zu Besuch sei, wird beschlossen, dass die Sitzung am 14. Juni 2010 erst um 16 Uhr stattfinden solle. Beim Entwurf für die Sitzungstermine der Enquetekommission für das zweite Halbjahr 2010 (Kommissionsvorlage 17/3) merken Abg. Spoorendonk und Abg. Langner an, dass beim Termin am 30. August 2010 eine Terminkollision mit der Ostseeparlamentarierkonferenz bestehe, die am 29. und 30. August 2010 stattfindet. Die Kommission beschließt daher einstimmig, den Termin vom 30. August 2010 auf den 6. September 2010 zu verlegen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorschläge aus den Fraktionen zum weiteren Verfahren

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Vorschläge der Fraktionen zum weiteren Verfahren im Wesentlichen viele Gemeinsamkeiten aufweisen würden, wobei der Vorschlag der SPD-Fraktion etwas anders ausgestaltet sei.

Abg. Habersaat merkt an, dass ihm der zusammengeführte Entwurf der Verwaltung systematisch nicht klar sei, insbesondere wie eine Rückkoppelung nach den einzelnen Arbeitsblöcken erfolgen solle.

Der Vorsitzende stellt klar, dass der zusammengeführte Entwurf ein blockweises Voranarbeiten ermöglichen solle. Die Rückkoppelung sei als Zwischenergebnis zu verstehen

Abg. Spoorendonk betont, dass es bereits ein Papier der Grünen gegeben habe. Davon ausgehend sei unter anderem der Vorschlag des SSW erstellt worden. Abg. Spoorendonk merkt an, dass die Themenfelder mit Anhörung von Experten zu bereichern seien. Zu jedem Block solle es eine gesonderte Terminplanung geben.

Abg. Trauernicht wirft die Frage auf, was unter einem Block zu verstehen sei. - Im Hinblick auf die zusammengeführte Version der Strukturierungsvorschläge weist der Vorsitzende darauf hin, dass diese kein statisches Gerüst bildeten.

Abg. Strehlau fragt, ob die Kommission bei den Themenfeldern noch eine Priorisierung vornehmen müsse und was für den Sachstandsbericht der Landesregierung gelte. - Der Vorsitzende merkt an, dass die Enquetekommission einen umfassenden Bericht der Landesregierung höre und dann entscheide, welche Themenbereiche vertiefter behandelt werden.

Abg. Habersaat fragt, ob die Vorgehensweise nach den in der zusammengeführten Strukturierung vorhandenen Blöcken erfolgen solle.

Abg. Spoorendonk gibt zu bedenken, dass es erstens eine Bestandsaufnahme in Form des Sachstandsberichts geben müsse. Der Bericht solle die Funktion wahrnehmen, einen Überblick als Einstieg zu bilden. Die Landesregierung könne bei Bedarf noch zu einem späteren Zeitpunkt wieder befragt werden. Damit sei das weitere Vorgehen leichter zu handhaben. Bei

der Anhörung von Experten sollten auch Fragen eine Rolle spielen, zum Beispiel wie schwierig eine Fusion aus Sicht der Experten sei. Der Auftrag der Kommission sei es, den Inhalt des Einsetzungsbeschlusses abzuarbeiten.

Abg. Nicolaisen gibt zu bedenken, dass das Themenfeld „Wirtschaft und Arbeit“ sowie das Themenfeld „Verwaltung und Dienstleistung“ weit oben stünden.

Abg. Langner merkt an, dass die Themenfelder durch den Einsetzungsbeschluss der Kommission vorgegeben seien. Jedem Themenfeld solle eine Sitzung gewidmet werden. Hierzu solle ein Kreis von anzuhörenden Personen bestimmt werden. Es solle keine Blockeinteilung geben.

Herr Jorkisch macht darauf aufmerksam, dass der Inhalt des Sachstandsberichtes weitestgehend bekannt sein dürfte. Insoweit ergebe dieser nichts Neues. Die Kommission solle vorausdenken. Sinnvoll sei es, das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ in den Vordergrund zu rücken. Aus aktuellem Anlass sei hierauf auch ein Schwerpunkt zu legen, da es Gespräche zwischen den Wirtschaftsministerien der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein, dem UV Nord, den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern zur „Wirtschaftsregion Nord“ in nächster Zeit geben solle. Die Kommission sei damit gut beraten, vorausschauend derartige wirtschaftliche Themen in den Vordergrund zu rücken. Es sei eventuell auch notwendig, ein Thema in zwei Sitzungen zu behandeln. Gegebenenfalls müsse die Kommission auch von Fall zu Fall priorisieren.

Abg. Strehlau plädiert dafür, die Bestandsaufnahme kurz zu halten und beim weiteren Vorgehen eine Reihenfolge Wirtschaft, Verkehr, Bildung beziehungsweise Schule einzuhalten.

Abg. Klahn weist darauf hin, dass die Einbindung potenzieller Kooperationspartner in anderen norddeutschen Ländern nicht zu kurz kommen dürfe. Es müsse daher Klarheit darüber bestehen, wie diese mit eingebunden werden könnten. Hier sei es notwendig die Reihenfolge und das Zeitfenster abzustimmen. Der Bericht der Landesregierung sei insoweit wichtig, als dass er für gleichen Wissensstand bei allen Abgeordneten, auch solchen mit etwas weniger Erfahrung, Sorge. - Der Vorsitzende bestätigt, dass es Ziel des Sachstandsberichtes der Landesregierung sein solle, alle Kommissionsmitglieder auf einen einheitlichen Wissensstand zu bringen.

Abg. Spoorendonk regt an, dass die Kommission eine Evaluation darüber durchführen solle, was im Bereich von bestehenden Kooperationen wie gut funktioniere. Dabei sei auch darauf zu achten, welche Kosten durch Fusionen entstanden seien beziehungsweise welche Illusio-

nen sich mit derartigen Formen der Zusammenarbeit ergeben hätten. Hierzu seien Experten in jedem Fall einzubinden.

Abg. Jezewski gibt zu bedenken, dass zwei Sitzungen für den Sachstandsbericht seiner Ansicht nach zu umfangreich seien. Es stünden bis Dezember nur fünf Sitzungen für andere Themen zur Verfügung.

Abg. Strehlau spricht den Punkt an, dass es Vorschläge geben müsse für die Vertreter der anderen norddeutschen Länder und an diese Einladungen erfolgen sollen. Aus Gründen der Transparenz sollten diese potenziellen Kooperationspartner wissen, wo die Enquetekommission gerade stehe. Es sollten Vorschläge aller Fraktionen zum weiteren Vorgehen, die vor der heutigen Sitzung eingegangen seien, als Kommissionsvorlage veröffentlicht werden. Die Kommission beschließt, die Vorschläge aus den Fraktionen als Kommissionsvorlage zu veröffentlichen.

Abg. Trauernicht spricht den Punkt an, dass im Bereich des Themas Wirtschaft auch das Thema Gesundheitswirtschaft wichtig sei. Hier sei eine Befragung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein, beispielsweise des Direktors und anderer Beteiligter, sinnvoll. Denkbar sei hier die Einbindung weiterer Beteiligter im Wege eines Streitgespräches.

Der Vorsitzende fasst den Diskussionsstand dahingehend zusammen, dass in der nächsten Sitzung der Bericht der Landesregierung auf der Tagesordnung stehe und dieser zu bewerten sei. Die für Kooperationen in Betracht kommenden Nachbarländer sollten diese Woche mit einer Anfrage zur Teilnahme angeschrieben werden und von diesen ein Ansprechpartner genannt werden. In der übernächsten Sitzung solle das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ Gegenstand sein.

Abg. Strehlau schlägt vor, dass im Rahmen der Tätigkeit der Kommission auch Visionen entwickelt werden müssten. Daher wäre es auch denkbar, einen Workshop oder ein anderes Forum zur Ideenbildung etc. zu schaffen.

Der Vorsitzende entgegnet, dass maßgeblich für die Arbeit der Kommission der Auftrag des Landtages sei. Für die späteren Vorschläge der Kommission müsse die Möglichkeit der Umsetzung bestehen.

Abg. Spoorendonk weist darauf hin, dass es ihrer Ansicht nach sinnvoll sei, mit dem Thema „Verwaltung und Dienstleistung“ zu beginnen. Als Einstieg diene dieses Thema besonders gut. Es handle sich hier um die landeseigenen Institutionen. Dies sei ein Anknüpfungspunkt

der am nächsten liege. - Der Vorsitzende fasst kurz dahingehend zusammen, dass der Sachstandsbericht der Landesregierung mit dem Schwerpunkt „Verwaltung und Dienstleistung“ in der nächsten Sitzung, am 14. Juni 2010 Gegenstand der Beratungen sein solle. Danach in der Sitzung am 28. Juni 2010 solle das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ auf der Tagesordnung stehen.

Abg. Habersaat wirft die Frage auf, wer als Ansprechpartner von anderen Ländern kommen solle. Es sei darüber hinaus denkbar, dass eine fraktionsübergreifende Vorbereitung der Arbeit der Enquetekommission stattfinden könne.

Abg. Strehlau stellt dar, dass Vision nicht notwendigerweise bedeute, dass alles auf einen Nordstaat hinauslaufe. Bei der Arbeitsweise sei es gegebenenfalls auch gut, wenn neben der Kommission interfraktionelle Diskussionen stattfänden. Sie plädiert dafür, dass die anderen Bundesländer die Entsendung ihrer Vertreter in eigenem Ermessen entscheiden sollen. Der Sachstandsbericht der Landesregierung solle auch eine Zukunftsperspektive und eine Bewertung enthalten.

Abg. Jezewski weist darauf hin, dass die Risiken von Kooperationen und Fusionen nicht verschwiegen werden sollten. Die Arbeit der Kommission solle mit mehr Einbindung von Öffentlichkeit erfolgen, damit eine kontroverse Diskussion ermöglicht werde. Wichtig sei darüber hinaus auch die Einbindung der Region Süddänemark.

Herr Jorkisch weist darauf hin, dass Einigkeit unter den Kommissionsmitgliedern darüber bestehen sollte, dass eine Kräftebündelung erfolgen solle. Es solle vonseiten der externen Anzuhörenden Sachverstand mit einfließen. Bei Bedarf könne eventuell auch eine zusätzliche Sitzung anberaumt werden. Wichtig sei, dass die Kommission ihrer Vorreiterfunktion gerecht werde und mehr Dynamik zeige.

Abg. Langner gibt zu bedenken, dass die Enquetekommission der Ort sei, an dem Ideen eingebracht werden sollten. Der Auftrag sei, Ideen zu entwickeln. Diese Ideen seien naturgemäß nicht immer gemeinsame Ideen. Es könne unterschiedliche Ansichten zu Chancen und Risiken von Kooperationen geben. Ansprechpartner für die Kommission in anderen norddeutschen Ländern seien primär die dortigen Parlamentsabgeordneten, dementsprechend also der jeweilige Parlamentspräsident anzuschreiben. Die Vertreter der Regierungen der anderen norddeutschen Bundesländer seien ggf. bei Einzelfragen anzuhören

Abg. Koch weist auch darauf hin, dass die natürlichen Ansprechpartner die Landtagsabgeordneten seien und diese gegebenenfalls über den Landtagspräsidenten zu laden seien. Die

Kommission sei nach ihrem Selbstverständnis schon eine Art Workshop, sodass seiner Ansicht nach neben der Kommission kein weiterer Workshop notwendig sei. Er macht den Vorschlag, mit dem Thema „Verwaltung und Dienstleistung“ anzufangen. Es sei auch möglich, die Arbeitsweise während des Verlaufs der Arbeit der Kommission gegebenenfalls zu ändern.

Abg. Rathje-Hoffmann weist darauf hin, dass es feste Ansprechpartner bei den Parlamenten in den anderen norddeutschen Bundesländern geben müsse. Diesen gegenüber müsse die Kooperationsbereitschaft gezeigt werden. Für die Arbeit der Kommission solle ein nicht zu enges Korsett geschaffen werden. Es sollten nach ihrer Meinung keine Workshops stattfinden.

Abg. Spoorendonk weist darauf hin, dass die Kommission auch experimentieren müsse. Ein Beispiel für einen Themenkomplex sei zum Beispiel auch ein norddeutsches Hafenkonzert gewesen, welches in der Vergangenheit aber nicht zum Erfolg geführt hätte. Die Diskussion mit anderen Ländern sollte an konkreten Projekten festgemacht werden.

Der Ausschuss kommt überein, in seiner nächsten Sitzung mit dem Thema „Verwaltung und Dienstleistung“ die Beratungen zu beginnen.

Abg. Strehlau weist darauf hin, dass der Sachstandbericht der Landesregierung umfassender sei als das Themenfeld „Verwaltung und Dienstleistung“. Mit diesem Themenfeld solle in der nächsten Sitzung nur zur Vertiefung begonnen werden.

Abg. Jezewski weist darauf hin, dass geklärt werden müsse, wer zum Bereich „Verwaltung und Dienstleistung“ gehört werden solle.

Abg. Spoorendonk gibt zu bedenken, dass der Finanzausschuss des Landtages sich mit Kooperations Themen befasst habe. Wichtig sei es, dass Kooperationen für die Menschen Gewinn brächten. Das bedeute auch, dass die Kommission überlege, wie konkrete Kooperationsprojekte verbessert werden könnten.

Abg. Habersaat plädiert für ein Vorgehen nach Themen. Eventuell sollten Einladungen zeitnah erfolgen, damit die Anzuhörenden rechtzeitig ihre Stellungnahmen verfassen.

Abg. Spoorendonk plädiert dafür, auch immer schriftliche Stellungnahmen einzufordern. Beispiele für Kooperationen seien Dataport und das Statistikamt Nord, die teilweise auch mit Nachteilen behaftet seien. Die Kommission solle insbesondere auch die Ursachen für diese Nachteile analysieren und überlegen, wie eventuelle Fehler vermieden werden können.

Abg. Jezewski weist darauf hin, dass Anzuhörende mehrere Wochen vor dem Sitzungstermin um ihre Stellungnahme gebeten werden müssten. Deswegen sei es schwierig, diesbezüglich von einer Sitzung zur nächsten zu planen.

Abg. Langner weist darauf hin, dass es notwendig sei, die Sitzungen bis zur Sommerpause inhaltlich festzusetzen. Am 28. Juni 2010 solle das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ behandelt werden. Abg. Langner fragt zur Klarstellung, ob bei der nächsten Sitzung im mündlichen Bericht der Landesregierung der Schwerpunkt auf Verwaltung und Dienstleistung liegen solle. - Abg. Spoorendonk regt an, dass die Landesregierung hierauf hingewiesen werden solle.

Abg. Langner merkt an, dass die Aspekte zu anderen im Bericht der Landesregierung enthaltenen Themenfeldern in die Diskussionen der darauf folgenden Sitzungen einfließen sollen.

Abg. Strehlau fragt daher, wer zum 28. Juni 2010 eingeladen werden soll.

Abg. Nicolaisen schlägt vor, die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern schriftlich anzuhören.

Abg. Strehlau schlägt neben zwei Institutionen, die zum 28. Juni 2010 angehört werden sollen auch noch den UV Nord, die Metropolregion Hamburg, insbesondere hierzu Herrn Dr. Grimme, den ehemaligen Landrat im Kreis Pinneberg vor.

Abg. Habersaat schlägt vor, dass ein Gewerkschafter und eventuell auch die Wissenschaft eingeladen werden soll. Es sollten Vertreter sein, die kontrovers diskutieren. In Betracht kämen insgesamt der UV Nord, der DGB, die IHK, die Handwerkskammern und die Metropolregion. Herr Jorkisch mahnt an, dass es nicht zu viele Anzuhörende sein sollten.

Abg. Jezewski plädiert dafür, auch Vertreter der Wohlfahrtsverbände zu laden und mündlich anzuhören.

Abg. Trauernicht spricht noch einmal das Thema Gesundheitswirtschaft und dortige Kräftebündelung an. Als Anzuhörenden schlägt sie Professor Scholz vor.

Abg. Rathje-Hoffmann hält es für sinnvoll, den Präsidenten des UV Nord, eine Gewerkschaft und gegebenenfalls jemanden aus der Gesundheitswirtschaft einzuladen.

Abg. Strehlau schlägt vor, die Anzuhörenden zu einer schriftlichen Stellungnahme bis zum 14. Juni 2010 aufzufordern und in der dann stattfindenden Sitzung zu entscheiden, wer schriftlich angehört werden soll.

Herr Jorkisch stimmt dem Vorschlag zu, bei den schriftlichen Stellungnahmen eine größere Anzahl Anzuhörender einzubeziehen. Bei der mündlichen Anhörung könnten Anzuhörende mit konträren Positionen gehört werden. Er weist darüber hinaus darauf hin, dass nach seinem Verständnis Kräftebündelung auch Aufgabenteilung heißen könne. Dies müsse nicht bedeuten, dass notwendigerweise ein Zusammenschluss stattfinde.

Abg. Spoorendonk nennt für das Thema „Wirtschaft und Arbeit“ zwei Wirtschaftsbereiche, die beispielhaft seien: die Gesundheitswirtschaft und die regenerativen Energien. Es spreche viel dafür, hierzu gesonderte Sitzungstermine vorzusehen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass alle Sachverständigen schriftlich angehört werden und die Vertreter vom UV Nord und vom DGB zum 28. Juni 2010 mündlich zu hören seien. - Auf eine Anfrage der Abg. Strehlau wird klargestellt, dass die Fraktionen die Liste der Anzuhörenden bis zum 3. Mai 2010 vorlegen sollten.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende spricht das heute aufgenommene Foto der Mitglieder der Kommission an und regt an, ein Einlegeblatt für die Broschüren zu den Fachausschüssen zu erstellen. Zusätzlich solle dieses Foto dem Internetauftritt zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Matthießen, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. M. Matthießen
Vorsitzender

gez. Thomas Warnecke
Geschäfts- und Protokollführer